

## **Warnende Hinweise der Regierungspräsidentin anlässlich der Genehmigung der Aufnahme von Krediten müssen ernst genommen werden**

Die FDP-Stadtratsfraktion erwartet von der Verwaltung, dass sie die Hinweise der Bezirksregierung ernst nimmt, die diese der Stadt im Zusammenhang mit der Genehmigung zur Aufnahme von Krediten i.H.v. 7,5 Mio. Euro erteilt hat.

Dies betrifft vor allem den Personalaufwand sowie das städtische Angebot.

"Wir teilen die Auffassung der Regierungspräsidentin, dass der Personalaufwand Kernbereich der Konsolidierung im Aufwandsbereich ist und haben hierzu bereits den Vorschlag gemacht, frei werdende Stellen in der Kernverwaltung in den nächsten Jahren nicht wieder zu besetzen", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

Die Regierungspräsidentin beanstandet in ihrer Genehmigungsverfügung, "dass der angestrebte Strukturwandel durch wirksamen Stellenabbau verfehlt worden sei".

Die FDP weist weiterhin darauf hin, dass die Regierungspräsidentin von der Stadt erwartet, dass das städtische Angebot kritisch hinterfragt wird:

"Die Verwaltung ist in der Bringschuld mit der Überprüfung, inwieweit Angebote reduziert, verändert oder ganz oder teilweise in andere Hände übergeben werden können. Für uns sind Stellenabbau und Angebotsreduzierung zwei Seiten derselben Medaille."